

Informationsblatt für die Lehrkraft

Vorbereitung des Planspiels (10 Min.)

Schneiden Sie die Rollenkarten für die Abgeordneten (M5) aus, lassen Sie die Schüler/innen jeweils eine Rolle ziehen oder losen Sie diese zu.

Rollenkarten für 28 Spieler/innen:

9 Abgeordnete	Fortschrittspartei Baden-Württemberg	Regierungskoalition	darunter 2 Fraktionsvorsitzende und 1 Landtagspräsident/in
6 Abgeordnete	Umweltpartei Baden-Württemberg	Regierungskoalition	darunter 2 Fraktionsvorsitzende
8 Abgeordnete	Traditionspartei Baden-Württemberg	Opposition	darunter 2 Fraktionsvorsitzende
5 Abgeordnete	Industriepartei Baden-Württemberg	Opposition	darunter 2 Fraktionsvorsitzende

Die Anzahl der Rollen kann beliebig erweitert oder reduziert werden. Wichtig ist nur, dass die Mehrheitsverhältnisse gleich bleiben und die Anzahl der Ausschussmitglieder ausgewogen ist.

Alternativ können weitere Schüler/innen auch ein Presseteam bilden und die Plenarsitzungen journalistisch begleiten und zwischendurch Interviews mit einzelnen Parteimitgliedern führen, um Statements für ihren Artikel zum Thema zu bekommen.

Die Schüler/innen finden sich in Kleingruppen nach ihrer Fraktion zusammen.

Verteilen Sie an jede Kleingruppe die passende Rollenkarte mit Informationen zu der jeweiligen Partei (M4a-d), so dass die Schüler/innen sich mit ihrer Fraktion vertraut machen können. Jede Fraktion wählt aus ihrer Mitte zwei Fraktionsvorsitzende. Diese bekommen zusätzlich noch die Rollenkarte M8.

Verteilen Sie außerdem an jede Fraktionsgruppe den Ablauf des Planspiels (M2) und die Geschäftsordnung (M3) – diese kann auch während des gesamten Planspiels per

Beamer gezeigt werden – sowie an alle Schüler/innen die beiden Gesetzesvorschläge (M10-M11).

Stellen Sie den Ablauf des Planspieles und die Geschäftsordnung vor und klären Sie die offenen Fragen zum Planspiel.

Im Anschluss bestimmen die Schüler/innen eine/n Landtagspräsident/in aus den Reihen der Fortschrittspartei – diese Person erhält zusätzlich noch die Rollenkarte M6 sowie M7a und M7b (die Tagesordnungen für die Plenarsitzungen) als Hilfestellung.

Nun kann das Planspiel beginnen.

Durchführung und Ablauf des Planspiels im Detail (100 Min.)

Faktionssitzung (15 Min.)

Die Schüler/innen beginnen das Planspiel in ihren Fraktionen mit einer Faktionssitzung. Dort lesen Sie gemeinsam die zwei Gesetzesvorschläge und überlegen sich, wie ihre Fraktion zu den Vorschlägen steht und welche Argumente für oder gegen den Vorschlag sprechen.

Die Fraktionen haben nun kurz Zeit, sich eine erste Stellungnahme ihrer Partei zu den Gesetzen zu überlegen und welche Änderungen sie ggf. fordern, um den Gesetzen zuzustimmen.

Die Fraktionsvorsitzenden übernehmen jeweils die stichworthafte Zusammenfassung der Argumente der Fraktion zu den Gesetzesvorschlägen (jeweils eine Person pro Gesetzesvorlage) und überlegen sich eine kurze Stellungnahme (max. 1 Min.), in der sie die Position der Fraktion im Plenum darlegen.

Im Anschluss finden sich alle Fraktionen zur Plenarsitzung zusammen.

Plenarsitzung: 1. Lesung der Gesetzesvorschläge im Parlament (20 Min.)

Die/der Landtagspräsident/in eröffnet die Sitzung und stellt die Tagesordnung vor (siehe M7a).

Es folgt die 1. Lesung der Gesetzesvorschläge im Parlament.

Die/der Landtagspräsident/in liest zunächst den ersten Gesetzesvorschlag (Schulreform) vor.

Nun haben die Fraktionsvorsitzenden der einzelnen Fraktionen die Möglichkeit, eine kurze Stellungnahme (max. 1 Min.) zu dem Gesetzesvorschlag abzugeben.

Die/der Landtagspräsident/in führt die Redner/innenliste – z. B. können die Redner/innen entsprechend der Fraktionsstärke nacheinander aufgerufen werden.

Wenn die Redner/innen es erlauben, können Zwischenfragen aus dem Plenum gestellt werden.

Anschließend wird der Gesetzesvorschlag in den entsprechenden Ausschuss (Ausschuss für Bildung und Kultur) verwiesen, wo die Expert/innen aus den jeweiligen Fraktionen darüber gemeinsam beraten.

Dieser Ablauf wiederholt sich nun mit dem zweiten Gesetzesvorschlag (ÖPNV). Sobald alle Fraktionen, die sich dazu äußern möchten, eine Stellungnahme abgegeben haben, wird auch der zweite Gesetzesvorschlag in den zuständigen Ausschuss (Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr) überwiesen.

Die/der Landtagspräsident/in beschließt die Plenarsitzung.

Beratung in den Fachausschüssen (30 Min.)

Die Schüler/innen finden sich nun in ihren jeweiligen Fachausschüssen zusammen, um fraktionsübergreifend über den Gesetzesvorschlag in ihrem Ausschuss zu diskutieren. Zunächst wählen sie eine/n Ausschussvorsitzende/n. Die Person bekommt zusätzlich die Rollenkarte M9.

Die Mitglieder im Ausschuss beraten die verschiedenen Meinungen und einigen sich auf eine Beschlussempfehlung. D. h. sie ändern den Gesetzesvorschlag ggf. etwas oder sie geben lediglich eine Empfehlung ab, wie das Plenum zum Gesetz abstimmen möge.

Fraktionssitzung (15 Min.)

Nach der Ausschussitzung folgt erneut eine Fraktionssitzung. Die Schüler/innen treffen sich in ihrer Fraktion, um über die Ergebnisse der Ausschusssitzungen zu diskutieren und die Beschlussempfehlung und den ggf. angepassten Gesetzesvorschlag zu lesen. Die Fraktion berät, wie sie zum Gesetzesvorschlag abstimmen möchte und überlegt sich ggf. noch ein Schlussstatement für die Plenarsitzung, in der die Meinung der Fraktion dargelegt werden kann. Die Fraktionsvorsitzenden teilen sich die Redebeiträge erneut auf, sodass jede/r zu einer der beiden Gesetzesvorschläge eine Stellungnahme abgibt.

Plenarsitzung: 2. Lesung des Gesetzesvorschläge im Parlament (20 Min.)

Die/der Landtagspräsident/in eröffnet die Sitzung und stellt die Tagesordnung vor (siehe M7b).

Es folgt die 2. Lesung der Gesetzesvorschläge im Parlament.

Die/der Ausschussvorsitzende liest zunächst die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung und Kultur zum ersten Gesetzesvorschlag (Schulreform) vor. Nun haben die Fraktionsvorsitzenden der einzelnen Fraktionen die Möglichkeit, eine kurze Stellungnahme (max. 1 Min.) zu dem Gesetzesvorschlag abzugeben.

Die/der Landtagspräsident/in führt die Redner/innenliste und ruft die Redner/innen nacheinander auf. Wenn die Redner/innen es erlauben, können Zwischenfragen aus dem Plenum gestellt werden.

Anschließend wird der Gesetzesvorschlag zur Abstimmung gestellt. Die/der Landtagspräsident/in liest den Gesetzesentwurf noch einmal vor und bittet die Abgeordneten, per Handzeichen darüber abzustimmen. Ist eine Mehrheit der Abgeordneten dafür, ist der Gesetzesvorschlag angenommen. Sollte es keine Mehrheit für den Vorschlag geben, wird der Vorschlag zurück in den Fachausschuss gegeben oder zur Änderung an das zuständige Ministerium überwiesen.

Dieser Ablauf wiederholt sich nun mit dem zweiten Gesetzesvorschlag (ÖPNV). Zunächst stellt die/der Vorsitzende des Ausschusses für Landesentwicklung und Verkehr die Beschlussempfehlung des Ausschusses vor. Sobald alle Fraktionen, die sich dazu äußern möchten, eine Stellungnahme abgegeben haben, wird auch der zweite Gesetzesvorschlag zur Abstimmung gestellt.

Die/der Landtagspräsident/in verkündet auch hier das Ergebnis der Abstimmung und beschließt die Plenarsitzung.

Damit ist das Planspiel beendet.

Nachbereitung des Planspiels (10 Min.)

Nach Ende des Planspiels bittet die Lehrkraft die Schüler/innen sich von ihren Rollen zu distanzieren und gemeinsam das Planspiel zu reflektieren:

- Wie habt ihr euch in eurer Rolle gefühlt?
- Wie waren eure Eindrücke zum Verlauf des Planspiels?
- Haben die Fraktionen ihre Rollen und ihre Argumente überzeugend vertreten?
- Wie bewertet ihr den Prozess der Gesetzgebung im Landesparlament?

Als Transfermöglichkeit besteht die Möglichkeit, zum Abschluss der Stunde zu erklären, wer ein Gesetz im Landtag einbringen kann (Regierung, Fraktionen, Gruppen von acht Abgeordneten, das Volk per Volksbegehren) und welche Schritte für ein erfolgreiches Volksbegehren umgesetzt werden müssen.

Ablauf des Planspiels

1. Fraktionssitzung (15 Min.)

Beraten Sie in Ihren Fraktionen die Gesetzesvorschläge zum Thema „Schulreform“ und „kostenloser öffentlicher Nahverkehr“. Überlegen Sie sich, wie Ihre Fraktion zu den Gesetzesvorschlägen steht und welche Änderungen Sie sich ggf. wünschen. Fassen Sie Ihre Kritikpunkte oder Argumente für die Gesetzesvorschläge zu jeweils einem kurzen Statement zusammen, welches die Fraktionsvorsitzenden im Plenum des Landtags vorstellen können.

1. Plenarsitzung: 1. Lesung der Gesetzesvorschläge im Parlament (20 Min.)

Die Gesetzesvorschläge werden von der/dem Landtagspräsident/in im Plenum vorgestellt. Die Fraktionen haben nun nacheinander max. 1 Min. Zeit, sich zu den Gesetzesvorschlägen zu äußern und die Meinung der Fraktion darzulegen.

Sitzung der Fachausschüsse (30 Min.)

Die Fachausschüsse „**Kultus, Jugend und Sport**“ und „**Landesentwicklung und Wohnen**“ treffen sich. Zunächst wählen sie eine/n Ausschussvorsitzende/n und beraten dann über den entsprechenden Gesetzesvorschlag. Die Mitglieder des Ausschusses einigen sich auf eine Beschlussempfehlung und ggf. nötige Änderungen an dem Gesetzesvorschlag.

2. Fraktionssitzung (15 Min.)

Beraten Sie in Ihrer Fraktion nun die Beschlussempfehlungen aus den Ausschüssen und ggf. die beantragten Änderungen. Überlegen Sie sich, wie die Position Ihrer Fraktion zu den Beschlussempfehlungen ist und wie Sie als Fraktion abstimmen möchten. Bereiten Sie ggf. eine kurze Stellungnahme vor, welche die Fraktionsvorsitzenden im Plenum einbringen.

2. Plenarsitzung: 2. Lesung der Gesetzesvorschläge im Parlament (20 Min.)

Die Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu den Gesetzesvorschlägen werden von den Ausschussvorsitzenden im Plenum vorgestellt. Die Fraktionen haben nun nacheinander max. 1 Min. Zeit, sich dazu zu äußern und die Meinung der Fraktion darzulegen. Anschließend wird abgestimmt. Wenn eine Mehrheit der Abgeordneten zustimmt, gilt ein Gesetzesvorschlag als angenommen.

Geschäftsordnung des Parlamentsplanspiels

§ 1

Alle Abgeordneten bestimmen per Handzeichen eine/n Landtagspräsident/in aus den Reihen der Fortschrittspartei.

Diese/r leitet die Plenarsitzung und wahrt die Ordnung im Parlament.

§ 2

Jede Fraktion bestimmt aus ihrer Mitte zwei Fraktionsvorsitzende.

§ 3

Jeder Ausschuss bestimmt bei seiner Sitzung eine/n Ausschussvorsitzende/n.
Sie/er leitet die Sitzungen im Ausschuss und sammelt die verschiedenen Positionen und bemüht sich, die Meinungen zu einer Beschlussempfehlung zusammenzubringen.
Die/der Ausschussvorsitzende stellt die Beschlussempfehlung in der Plenarsitzung vor.

§ 4

Die/der Präsident/in eröffnet und schließt die Plenarsitzungen und leitet die Verhandlungen.
Sie/er führt die Redner/innenliste und bestimmt die Reihenfolge der Redner/innen.
Die Redner/innen dürfen sprechen, sobald die/der Präsident/in das Wort dazu erteilt hat.

§ 5

Wenn die/der Redner/in einverstanden ist, kann die/der Präsident/in das Wort während einer Rede an Abgeordnete für Zwischenfragen erteilen.

§ 6

Ist die Redner/innenliste erschöpft oder hat sich niemand zu Wort gemeldet, so erklärt die/der Präsident/in die Aussprache für geschlossen.

§ 7

Wenn mehr als die Hälfte der Abgeordneten anwesend ist, gilt das Parlament als beschlussfähig.

§ 8

Das Parlament beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Beschlussantrages.
Nach jeder Abstimmung gibt die/der Präsident/in das Ergebnis bekannt.

§ 9

Verletzt ein/e Abgeordnete/r die Ordnung, ruft die/der Präsident/in sie/ihn „zur Ordnung“.
Beim dritten Verstoss gegen die Ordnung, kann die/der Präsident/in die/den Abgeordnete/n der Sitzung verweisen.

Rollenkarte: Abgeordnete/r der Fortschrittspartei (FP)

Über die Partei:

Die Fortschrittspartei stellt aktuell die Ministerpräsidentin und bildet seit der letzten Landtagswahl eine Regierungskoalition mit der Umweltpartei.

Die Fortschrittspartei hat sich 2008 gegründet, da sie den Bedarf einer neuen Partei in Zeiten der Globalisierung und Digitalisierung erkannt hat. Kernthemen der Partei sind daher Digitalisierung und neue Formen der Lebensgestaltung einer sich vernetzenden und globalisierten Welt. Dazu gehören die Bereiche neue Arbeitsformen und mobiles Arbeiten, kreative Modelle einer neuen „Work-Life-Balance“ und das Aufbrechen alter Strukturen, Denkmuster und Hierarchien. Dies bezieht sich auch auf klassische Familienbilder und Traditionen – wie z.B. die Ehe – , welche die FP als überholt ansieht. Die Förderung von Start-Ups und innovativer Modellprojekte für Baden-Württemberg im Bereich Arbeit und Bildung sowie der Ausbau der digitalen Infrastruktur sind Kernthemen des aktuellen Regierungsprogramms der FP.

Die Fortschrittspartei hält das Modell des Sitzenbleibens für überholt. In einer sich immer schneller wandelnden Welt, sollte auch Schule nicht an traditionellen Mustern festhalten. Die FP ist der Ansicht, dass Flexibilität die wichtigste Voraussetzung in unserer heutigen Zeit ist, um Teil der neuen Arbeitswelt zu werden. Dies sollten Schüler/innen bereits in der Schule mitbekommen. Wer mit dem Stoff nicht mitkommt, soll flexibel digitale Förderstunden nehmen können, um die Inhalte nachzuholen. Generell ist die FP der Meinung, dass das starre Schulsystem mit Klassen und Rahmenlehrplänen reformiert werden müsste, um Schüler/innen wirklich auf die Arbeitswelt vorzubereiten.

Im Bereich Verkehr und Mobilität setzt die FP besonders auf E-Mobilität und möchte in Baden-Württemberg auch die Technologien von Magnetschwebebahnen voranbringen. Eine Zustimmung zum kostenlosen öffentlichen Nahverkehr ist vor allem ein Geschenk an den Koalitionspartner die Umweltpartei. Eine Verkehrswende ist zwar im Sinne der FP, da sie aber davon ausgeht, dass die Zukunft in der digitalen Welt liegt und Schule und Arbeit zukünftig vermehrt mobil und digital stattfinden wird, ist der klassische ÖPNV kein Herzensthema der Partei.

Aufgaben im Planspiel:

- 1. In den Fraktionssitzungen:** Sie sind Teil der Mehrheitsfraktion und haben einen der Gesetzesvorschläge gemeinsam mit Ihrem Koalitionspartner der Umweltpartei im Landtag eingebracht. Überlegen Sie sich eine Argumentation, warum Sie es wichtig finden, dass die Gesetze beschlossen werden. Beraten Sie in der 2. Fraktionssitzung ggf. die Änderungswünsche und die Beschlussempfehlungen des Fachausschusses und überlegen Sie sich, wie Ihre Fraktion abstimmt.
Die beiden Fraktionsvorsitzenden können in jeder Plenarsitzung eine Stellungnahme Ihrer Fraktion im Plenum präsentieren.
- 2. In den Ausschüssen:** Beraten Sie mit Mitgliedern der anderen Fraktionen den Gesetzesvorschlag. Arbeiten Sie ggf. Änderungswünsche in den Gesetzesvorschlag ein und einigen Sie sich auf eine Beschlussempfehlung, d.h. wie der Landtag Ihrer Meinung nach entscheiden soll.
- 3. In den Plenarsitzungen:** Hören Sie sich die Stellungnahmen der anderen Fraktionen an. Sollten die Redner/innen das erlaubt haben, können Sie ggf. Zwischenfragen stellen. Nach der 2. Lesung der Gesetzesvorschläge können Sie über die Gesetze abstimmen.

Rollenkarte: Abgeordnete/r der Umweltpartei (UP)

Über die Partei:

Die Umweltpartei ist Teil der Regierung und bildet gemeinsam mit der Fortschrittspartei eine Koalition.

Die Umweltpartei entstand aus einer Initiative, die sich für den Auerhahn in Baden-Württemberg und das Naturschutzgebiet Feldberg eingesetzt hat. Kernthema der UP ist bis heute der Umwelt- und Artenschutz; mit der Parteigründung haben sich die Kernkompetenzen der UP jedoch erweitert. Weitere Themenfelder, die der Partei besonders wichtig sind, sind inklusive Bildung und Früherziehung, eine progressive Familienpolitik und die Gleichberechtigung von verschiedenen sozialen Gruppen.

Die UP möchte das Sitzenbleiben abschaffen, da sie die damit einhergehende Stigmatisierung der Kinder für schlecht für die kindliche Entwicklung hält. Ihrer Meinung nach sollte es spezielle Förderklassen für Schüler/innen geben, die Schwierigkeiten haben, den Stoff zu bewältigen. Dafür sollte neues Personal in Schulen eingestellt werden. Da auch das Wiederholungsjahr das Land jedes Jahr Geld kostet, finden sie es sinnvoller, dieses Geld so auszugeben und das Selbstwertgefühl der Schüler/innen zu stärken.

Der kostenlose öffentliche Nahverkehr ist ein Herzensthema der UP und ihrer Meinung nach ein erster wichtiger Schritt hin zu einem autofreien Baden-Württemberg. Fossile Energien und Brennstoffe möchte die Partei überwinden und langfristig eine Verkehrswende hin zu einem rein elektronisch betriebenen ÖPNV für alle einleiten. Durch eine zusätzliche Gebühr für die Zulassung von Autos in Baden-Württemberg erhofft sich die Partei einen weiteren Lerneffekt bei den Bürger/innen, so dass diese nach und nach auf ihr Auto verzichten.

Aufgaben im Planspiel:

- 1. In den Fraktionssitzungen:** Sie sind Teil der Regierungskoalition und haben die Gesetzesvorschläge gemeinsam mit Ihrem Koalitionspartner der Fortschrittspartei im Landtag eingebracht. Überlegen Sie sich eine Argumentation, warum Sie es wichtig finden, dass die Gesetze beschlossen werden. Beraten Sie in der 2. Fraktionssitzung ggf. die Änderungswünsche und die Beschlussempfehlungen des Fachausschusses und überlegen Sie sich, wie die Fraktion abstimmt. Die beiden Fraktionsvorsitzenden können in jeder Plenarsitzung eine Stellungnahme Ihrer Fraktion im Plenum präsentieren.
- 2. In den Ausschüssen:** Beraten Sie mit Mitgliedern der anderen Fraktionen den Gesetzesvorschlag. Arbeiten Sie ggf. Änderungswünsche in den Gesetzesvorschlag ein und einigen Sie sich auf eine Beschlussempfehlung, d.h. wie der Landtag Ihrer Meinung nach entscheiden soll.
- 3. In den Plenarsitzungen:** Hören Sie sich die Stellungnahmen der anderen Fraktionen an. Sollten die Redner/innen das erlaubt haben, können Sie ggf. Zwischenfragen stellen. Nach der 2. Lesung der Gesetzesvorschläge können Sie über die Gesetze abstimmen.

Rollenkarte: Abgeordnete/r der Traditionspartei (TP)

Über die Partei:

In der aktuellen Legislaturperiode ist die Traditionspartei gemeinsam mit der Industriepartei in der Opposition.

Die TP blickt auf eine lange Tradition zurück und ist auch stolz darauf. Seit 1897 besteht die TP und war schon mehrfach Teil der Landesregierungen von Baden-Württemberg. Die Partei hält die Grundwerte Familie, Fleiß, gute Bildung und gute Arbeit besonders hoch. Dabei orientiert sie sich in Teilen noch an einem traditionellen Familienbild und einer klassischen Rollenverteilung. Wichtig ist der TP insbesondere, dass es genug Arbeitsplätze für alle gibt und dass bei all der Digitalisierung und den neuen Arbeitsformen auch die Ausbildungsberufe und traditionellen Gewerbe nicht aus dem Blick geraten.

Die TP geht davon aus, dass das Wiederholen einer Klassen bei Nichterreichung der dort geforderten Leistung das Beste für die Kinder ist. Statt stetig das Niveau der Mitschüler/innen nicht erreichen zu können, hat das Kind die Chance, im Wiederholungsjahr den Stoff wirklich zu verstehen und am Ende ebenso gute Leistungen zu erbringen wie die Mitschüler/innen – statt womöglich am Ende schlechte Noten zu bekommen, nur weil man keine Chance hat, den Stoff in Ruhe aufzuholen.

Den kostenlosen öffentlichen Nahverkehr hält die TP für nicht finanzierbar. Statt dass Baden-Württemberg soviel Geld dafür ausgibt, sollte man nach Meinung der Partei lieber Eigenheime für Familien fördern. Generell ist die TP der Meinung, dass es ungerecht wäre, den ÖPNV kostenlos zu machen, da davon insbesondere Städter profitieren würden, da die Landbevölkerung meist auf ein Auto angewiesen ist.

Aufgaben im Planspiel:

- 1. In den Fraktionssitzungen:** Sie sind Teil der Opposition und stehen der Politik der Regierungskoalition oftmals kritisch gegenüber. Überlegen Sie sich wie Ihre Partei zu den Gesetzesvorschlägen steht und welche Kritikpunkte Sie haben. Beraten Sie in der 2. Fraktionsitzung ggf. die Änderungswünsche und die Beschlussempfehlungen des Fachausschusses und überlegen Sie sich, wie Ihre Fraktion abstimmt. Die beiden Fraktionsvorsitzenden können in jeder Plenarsitzung eine Stellungnahme Ihrer Fraktion im Plenum präsentieren.
- 2. In den Ausschüssen:** Beraten Sie mit Mitgliedern der anderen Fraktionen den Gesetzesvorschlag. Arbeiten Sie ggf. Änderungswünsche in den Gesetzesvorschlag ein und einigen Sie sich auf eine Beschlussempfehlung, d.h. wie der Landtag Ihrer Meinung nach entscheiden soll.
- 3. In den Plenarsitzungen:** Hören Sie sich die Stellungnahmen der anderen Fraktionen an. Sollten die Redner/innen das erlaubt haben, können Sie ggf. Zwischenfragen stellen. Nach der 2. Lesung der Gesetzesvorschläge können Sie über die Gesetze abstimmen.

Rollenkarte: Abgeordnete/r der Industriepartei (IP)

Über die Partei:

Die Industriepartei ist aktuell gemeinsam mit der Traditionspartei in der Oppostion.

Die IP hat sich direkt nach der Wende aus alten Gewerkschaften und Arbeiterparteien gegründet und setzt sich insbesondere für den wirtschaftlichen Aufschwung und die Förderung des Industriestandpunktes Baden-Württemberg ein. Dahinter steht der Glaube, dass eine gut laufende Wirtschaft zum Wohlstand für alle Bürger/innen führt. Daher möchte die IP die Attraktivität Baden-Württemberg insbesondere für große Unternehmen erhöhen, um Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen. Das Familienbild der IP geht von einer Gleichberechtigung der Geschlechter aus, ist aber dennoch von einem klassischen Familienbild mit Vater, Mutter und Kind(ern) geprägt.

Die IP ist der Meinung, dass das „Sitzenbleiben“ charakterformend für Kinder sei und ein angemessener Weckruf, der sie auf das spätere Leben und die leistungsbewusste Gesellschaft vorbereitet. Lediglich das finanzielle Argument erscheint der Partei schlüssig: Die Ersparnis der Kosten für das Wiederholungsjahr würde die IP gerne in eine Ausbildungsiniziative stecken. Generell hat sich das Schulsystem nach Meinung der IP in den letzten Jahren sehr verschlechtert – insbesondere das neue Bestreben, dass alle Schüler/innen Abitur haben möchten und die Ausbildungsberufe als ein ehrbares Bildungsziel vernachlässigt werden. Die IP setzt sich dafür ein, dass Schüler/innen ein angesehener Abschluss nach der 9. Klasse ermöglicht wird, um direkt in einen Ausbildungsberuf zu starten. Eine verkürzte Schullaufbahn sollte nicht von der Gesellschaft stigmatisiert werden.

Ein kostenloser öffentlicher Nahverkehr ist nach Meinung der IP eine weltfremde Idee. Zunächst müsste die Frequenz der Busse und Bahnen erhöht werden und das Streckennetz ausgebaut werden, damit auch wirklich alle diese nutzen können. Ein kostenloser Nahverkehr für Auszubildende wäre im Sinne der IP, da dies auch wieder das Ansehen einer Ausbildung steigern würde.

Aufgaben im Planspiel:

- 1. In den Fraktionssitzungen:** Sie sind Teil der Opposition und stehen der Politik der Regierungskoalition oftmals kritisch gegenüber. Überlegen Sie sich wie Ihre Partei zu den Gesetzesvorschlägen steht und welche Kritikpunkte Sie haben. Beraten Sie in der 2. Fraktionssitzung ggf. die Änderungswünsche und die Beschlussempfehlungen des Fachausschusses und überlegen Sie sich, wie Ihre Fraktion abstimmt. Die beiden Fraktionsvorsitzenden können in jeder Plenarsitzung eine Stellungnahme Ihrer Fraktion im Plenum präsentieren.
- 2. In den Ausschüssen:** Beraten Sie mit Mitgliedern der anderen Fraktionen den Gesetzesvorschlag. Arbeiten Sie ggf. Änderungswünsche in den Gesetzesvorschlag ein und einigen Sie sich auf eine Beschlussempfehlung, d. h. wie der Landtag Ihrer Meinung nach entscheiden soll.
- 3. In den Plenarsitzungen:** Hören Sie sich die Stellungnahmen der anderen Fraktionen an. Sollten die Redner/innen das erlaubt haben, können Sie ggf. Zwischenfragen stellen. Nach der 2. Lesung der Gesetzesvorschläge können Sie über die Gesetze abstimmen.

Rollenkarten zum ausschneiden und auslosen

(beliebig erweiterbar – aber auf Mehrheitsverhältnisse achten)

Abgeordnete/r Fortschrittspartei Mitglied im Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport			
Abgeordnete/r Fortschrittspartei Mitglied im Ausschuss für Landesentwicklung und Wohnen			
Abgeordnete/r Fortschrittspartei Mitglied im Ausschuss für Landesentwicklung und Wohnen	Abgeordnete/r Umweltpartei Mitglied im Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport	Abgeordnete/r Umweltpartei Mitglied im Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport	Abgeordnete/r Umweltpartei Mitglied im Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport
Abgeordnete/r Umweltpartei Mitglied im Ausschuss für Landesentwicklung und Wohnen	Abgeordnete/r Umweltpartei Mitglied im Ausschuss für Landesentwicklung und Wohnen	Abgeordnete/r Umweltpartei Mitglied im Ausschuss für Landesentwicklung und Wohnen	Abgeordnete/r Traditionspartei Mitglied im Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport
Abgeordnete/r Traditionspartei Mitglied im Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport	Abgeordnete/r Traditionspartei Mitglied im Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport	Abgeordnete/r Traditionspartei Mitglied im Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport	Abgeordnete/r Traditionspartei Mitglied im Ausschuss für Landesentwicklung und Wohnen
Abgeordnete/r Traditionspartei Mitglied im Ausschuss für Landesentwicklung und Wohnen	Abgeordnete/r Traditionspartei Mitglied im Ausschuss für Landesentwicklung und Wohnen	Abgeordnete/r Traditionspartei Mitglied im Ausschuss für Landesentwicklung und Wohnen	Abgeordnete/r Industriepartei Mitglied im Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport
Abgeordnete/r Industriepartei Mitglied im Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport	Abgeordnete/r Industriepartei Mitglied im Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport	Abgeordnete/r Industriepartei Mitglied im Ausschuss für Landesentwicklung und Wohnen	Abgeordnete/r Industriepartei Mitglied im Ausschuss für Landesentwicklung und Wohnen

Rollenkarte: Landtagspräsident/in

Die/der Landtagspräsident/in steht an der Spitze des Landtags, wahrt ihre/seine Würde und Rechte, vertritt den Landtag nach außen und regelt ihre/seine Geschäfte. Sie/er leitet die Verhandlungen gerecht und unparteiisch und wahrt die Ordnung im Hause.

Die/der Landtagspräsident/in eröffnet, leitet und schließt die Parlamentssitzungen. Sie/er ruft die Redner/innen im Plenum auf und sorgt für Ordnung während der Sitzungen. Sollten Abgeordneten während der Plenarsitzungen stören oder die Redebeiträge der anderen Abgeordneten unangemessen kommentieren, kann die/der Landtagspräsident/in diese zur Ruhe rufen.

Tagesordnungen für die Plenarsitzungen

Tagesordnung für die 1. Lesung im Parlament

TOP 1: Eröffnung der Sitzung

TOP 2:

1. Lesung und Aussprache über den Gesetzesvorschlag zur Schulreform

eingebracht von den Fraktionen der Fortschrittspartei und der Umweltpartei

Verweisung an den zuständigen Fachausschuss Kultus, Jugend und Sport

TOP 3: Aussprache über den Gesetzesvorschlag zum ÖPNV

eingebracht von der Fraktion der Umweltpartei

Verweisung an den zuständigen Fachausschuss Landesentwicklung und Wohnen

TOP 4: Beschließung der Sitzung

Tagesordnung für die 2. Lesung im Parlament

TOP 1: Eröffnung der Sitzung

TOP 2: Feststellung der Beschlussfähigkeit des Parlaments

TOP 3: 2. Lesung und Aussprache über den Gesetzesvorschlag zur Schulreform

eingebracht von den Fraktionen der Fortschrittspartei und der Umweltpartei

*Vorstellung der Beschlussempfehlung durch die/den Ausschussvorsitzende/n des Ausschusses für
Kultus, Jugend und Sport*

TOP 4: Abstimmung über den Gesetzesvorschlag zur Schulreform

Der Gesetzesvorschlag gilt als angenommen, wenn eine Mehrheit der Abgeordneten zustimmt.

TOP 5: 2. Lesung und Aussprache über den Gesetzesvorschlag zum ÖPNV

eingebracht von der Fraktion der Umweltpartei

*Vorstellung der Beschlussempfehlung durch die/den Ausschussvorsitzende/n des Ausschusses für
Landesentwicklung und Wohnen*

TOP 6: Abstimmung über den Gesetzesvorschlag zum ÖPNV

Der Gesetzesvorschlag gilt als angenommen, wenn eine Mehrheit der Abgeordneten zustimmt.

TOP 7: Beschließung der Sitzung

Rollenkarte: Fraktionsvorsitzende/r

Die Fraktionsvorsitzenden leiten die Sitzungen ihrer Fraktion und stellen die Meinung ihrer Fraktion zu den beiden Gesetzesvorschlägen im Plenum vor. Jede Fraktion hat zwei Fraktionsvorsitzende – zu jedem Gesetzesvorschlag kann daher eine/r der beiden Fraktionsvorsitzenden die Vorstellung in der Plenarsitzung übernehmen.

Rollenkarte: Ausschussvorsitzende/r

Die/der Ausschussvorsitzende sammelt die Argumente und Vorschläge, die im Ausschuss beraten wurden: Gemeinsam erstellt der Ausschuss eine Beschlussempfehlung zu dem Gesetzesvorschlag. Die Beschlussempfehlung wird von der/dem Ausschussvorsitzenden in der 2. Lesung des Gesetzesvorschages im Parlament vorgetragen.

§ Gesetzesinitiative zur Schulreform

¶

Vorgelegt von:

Abgeordneten der Fraktion der Fortschrittspartei und Abgeordneten der Fraktion der Umweltpartei

Titel:

**„Gesetz zur generellen Schulversetzung –
auch von leistungsschwachen Schüler/innen“**

Der Landtag möge beschließen, dass die Schüler/innen in Baden-Württemberg unabhängig von ihrer Leistung versetzt werden.

Schüler/innen, denen nach bisheriger Regelung eine Versetzung nicht ermöglicht worden wäre, können spezielle Förderstunden beim Landesschulamt Baden-Württemberg beantragen. Die Schüler/innen bleiben aber in ihrer Jahrgangsstufe und Klassenstruktur.

Lediglich freiwillige Wiederholungen sollen in äußersten Ausnahmefällen in enger Abstimmung mit dem Landesschulamt, der Schulleitung und den Lehrkräften der Schule sowie der Familie gestattet werden.

§ Gesetzesinitiative zum Öffentlichen Personennahverkehr

¶

Vorgelegt von:

Abgeordneten der Fraktion der Umweltpartei

Titel:

„Gesetz zur kostenfreien Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs“

Der Landtag möge beschließen, dass die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs allen Bürger/innen, die seit mindestens drei Monaten in Baden-Württemberg wohnhaft sind, kostenlos zur Verfügung stehen soll. Damit wird sowohl die Verkehrssituation auf Baden-Württembergs Straßen entlastet als auch ein großer Beitrag zur Klimawende geleistet.

Als Teil einer Gegenfinanzierung soll darüber hinaus geprüft werden, bei der Zulassung von Autos in Baden-Württemberg eine Extragebühr zu erheben.